

Fossiler Backlash und autoritäre Kapitalherrschaft – ökosozialistische Perspektiven

13 Thesen (Entwurf) zur Diskussion am Strategieseminar von *emanzipation*
am 15.-17. November 2024

Christian Zeller, 10. Oktober 2024

Diese Thesen sollen zur Diskussion anregen und dazu beitragen, einen programmatischen und strategischen Verständigungsprozess für einen ökosozialistischen Organisationsprozess voranzutreiben. Ich fasse hier auch Überlegungen zusammen, die ich in mehreren anderen Texten geäußert habe. Eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen können die Thesen nicht leisten. Viele wichtige Herausforderungen wie gewerkschaftliche Problemlagen, antirassistische Kämpfe, die Initiativen im Care-Bereich, die Krise der Linkspartei sowie die zunehmende Repression werden nicht thematisiert. Wir laden zu weiteren Diskussionsbeiträgen ein.

1 Klimabewegung erschöpft – fossiler Backlash

Der zweite Aufbruch der Klimabewegung ist zu Ende. Die 2018 eröffnete Dynamik ist vorbei. Wieder – wie bereits nach dem ersten Aufbruch gegen Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts – vermochte die Bewegung nicht wirklich unter breiten Schichten der arbeitenden Klassen Fuß zu fassen. Sie schaffte es auch nicht, auf internationaler Ebene die Kräfteverhältnisse substanziell zu verändern und ein glaubwürdiges Programm eines umfassenden sozialökologischen Umbruchs zu entwickeln. Das fossile Kapital ist zuversichtlich, die kommenden Jahrzehnte hohe Profite einzufahren und investiert wieder kräftiger in den Ausbau der fossilen Infrastruktur.¹ Der in vielen Industrien angekündigte Umbau der Prozesse von Gas auf Wasserstoff stockt. Es ist offensichtlich, dass Wasserstoff nicht in der erforderlichen Menge erhältlich sein wird.

Der fossile Backlash vollzieht sich auch politisch. Nationalkonservative und faschistische Parteien, die offensiv jede wirksame Klimapolitik bekämpfen, gewinnen in zahlreichen Ländern Europas Wahlen. Sozialdemokratische und grüne Parteien haben ihre eigenen zaghaften ökologischen Reformen längst vergessen oder machen sie selber rückgängig. Gewerkschaften betreiben weiterhin klassische Standortpolitik – auch zugunsten der Automobilindustrie und energieintensiver Industrien. Linke Parteien getrauen sich nicht mehr, klar für ein ökologisches Programm einzustehen, weil sie weitere Niederlagen an Wahlen befürchten.

Anfang September 2024 kündigte der Volkswagenkonzern 30.000 Massenentlassungen, Werksschließungen und das Ende der Beschäftigungsgarantie an. Die Konzernleitung versetzt damit die Menschen in Brüssel, Wolfsburg, Zwickau, Emden, Osnabrück, Dresden, Salzgitter und Chemnitz in große Unruhe. Ford schließt das Werk in Saarlouis. Weitere Markenkonzerne und Zulieferfirmen kündigten ebenfalls Werkschließungen und einen massiven Arbeitsplatzabbau an. Egal ob Verbrennungs- oder

Elektromotor, die Industrie leitet einen massiven Schrumpfungsprozess ein. Konzerne und Politiker:innen kündigen an, die Wende auf Elektroantrieb abzubrechen oder zu verschieben. Die Konzerne im Verbund mit der Regierung wollen auf 2025 vorgesehene Verschärfung der ohnehin konzernfreundlichen CO₂-Flottengrenzwerte stoppen.

Diese vorhersehbare Krise macht den demokratisch geplanten Um- und Rückbau der gesamten Automobilindustrie noch dringlicher. Wir brauchen eine Konversion hin zur Produktion von Bahnen, Trams, Bussen und anderen Formen der kollektiven Mobilität. Wir sind allerdings weit entfernt, davon einen derartigen Prozess durchsetzen. Die Gewerkschaften verteidigen weiterhin den motorisierten Individualverkehr.

Auch Stahlkonzerne machen ihre versprochenen Umstellungen auf „klimaneutrale“ Produktion rückgängig. Wasserstoff wird nicht in den erforderlichen Mengen verfügbar sein. Darum haben die Konzerne für eine sogenannte Übergangsphase die Reduktionsprozesse mit Gas vorgesehen. Dafür müssen sie aber Emissionszertifikate erwerben. Mehrere Stahlkonzerne haben nun angekündigt, ihre Umstellung auf „klimaneutrale“ Produktion mit Wasserstoff zurückzustellen oder diese grundsätzlich zu überprüfen.

Mittlerweile setzen Industrie und Regierungen auf den massiven Ausbau von Carbon Capture and Storage (CCS). Diese Technologien sind aber nicht in der Lage, den Kohlenstoff im erforderlichen Ausmaß zu absorbieren. Sie wären im besten Fall eine kleine Ergänzung zu einer konsequenten Defossilisierungsstrategie. Sie verbrauchen gigantische Mengen zusätzlicher Energie und sind enorme teuer. Es ist unmöglich diese Strommengen durch erneuerbare Energieträger zu erzeugen, weder in den frühindustrialisierten imperialistischen Ländern noch weltweit.

Es wird immer deutlicher: eine umfassende sozialökologische Konversion ist nur möglich, wenn es gelingt, das Kapital zu entmachten und die Konzerne gesellschaftlich

anzueignen, also in demokratisch gestaltetes Gemeineigentum zu überführen. Aber eine umfassende Sozialisierung der Produktion ist nur eine Bedingung, keineswegs eine Garantie für einen einigermaßen ökologisch verträglichen und gesellschaftlich solidarischen Stoffwechsel mit der Natur.

2 Kriege – imperialistische Rivalität – Selbstbestimmung

Die imperialistische Rivalität spitzt sich zu. Die USA wollen den Aufstieg des neuen Rivalen China ausbremsen. Die NATO verpflichtet ihre Mitgliedsländer auf höhere Rüstungsausgaben. Die Herrscher in Russland stellen sich in die Tradition des Zarenreichs und treten allen Bestrebungen nach Unabhängigkeit im Gebiet, das sie dem russischen Reich als zugehörig betrachten, entgegen. Der Kreml akzeptiert keine unabhängige Ukraine. Darum besetzte Russland 2014 die Halbinsel Krim und weite Gebiete im Osten der Ukraine. Darum startete das Putin-Regime im Februar 2022 einen Großkrieg gegen die gesamte ukrainische Bevölkerung.

Auf den verbrecherischen Angriff der islamistischen Bewegung Hamas am 9. Oktober 2023 reagierte die israelische Staatsführung mit einem genozidalen Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza. Zugleich betreibt die israelische Armee im Einklang mit radikalen Siedler:innen eine großangelegte militärische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland. Nach Jahrzehnten eines – von allen bisherigen Regierungen Israels getragenen – brutalen Besatzungsregimes zielt die aktuelle Staatsführung auf die massenhafte Vertreibung und komplette Zersetzung und Demoralisierung der palästinensischen Gesellschaft. Die Politik des permanenten Krieges findet nun in der Ausdehnung des Krieges gegen Libanon und möglicherweise den Iran ihre Fortsetzung und Eskalation.

Diese Kriege haben bereits lange bestehende Bruchlinien in der internationalen Linken – ganz besonders in Deutschland – vertieft. Zur Erfahrung vielfacher Niederlagen in sozialen und ökologischen Kämpfen gesellen sich nun massiv verstärkte Spaltungen, Verwerfungen, Fragmentierung und Orientierungslosigkeit.

Große Teile der Linken haben sich vom Grundsatz verabschiedet, immer und überall den Unterdrückten und Ausgebeuteten beizustehen. Stattdessen teilen sie die Welt in geopolitische Blöcke und meinen eine multipolare Weltordnung bilde ein zu begrüßendes Gegengewicht zum US-Imperialismus. Doch die Erstarkung autoritärer, gegen die USA und EU gerichteter Mächte macht die Welt weder demokratischer noch sozialer.

In dieser Situation ist es dringend, eine Strömung und Kraft aufzubauen, die sich grundsätzlich jenseits aller imperialistischen und geopolitischen Blockbildungen mit den „Kämpfen von unten“ solidarisiert.² Das heißt konkret: es gilt den zivilen und bewaffneten Widerstand der Gewerkschafter:innen, Feminist:innen, Umweltaktivist:innen, Sozialist:innen und Anarchist:innen in der Ukraine gegen die

russischen Besatzungstruppen und ihren politischen Kampf gegen die neoliberale Regierung Selenskyj-Regierung ebenso zu unterstützen wie all jene Menschen und Initiativen in Palästina-Israel, die trotz schlimmster Bedingungen, sich für eine gemeinsame Gesellschaft und in einem Staat ohne jede nationale, religiöse und gesellschaftliche Diskriminierung einsetzen, ebenso wie die demokratischen Bewegungen in Syrien und Ägypten gegen ihre Diktaturen, wie die demokratischen kurdischen und arabischen Kräfte in Nordostsyrien und den gesellschaftlichen Widerstand gegen das Erdogan-Regime in der Türkei. Sowie Vietnam das Recht hatte, russische und chinesische Militärhilfe gegen den Krieg der USA anzunehmen, so hat die Ukraine das Recht Waffenlieferungen aus den USA und den europäischen Staaten zu fordern und anzunehmen.

Die herrschenden Kräfte in Europa und Nordamerika nehmen den russischen Krieg gegen die ukrainische Bevölkerung zum Vorwand, um bereits früher vorbereitete umfangreiche Aufrüstungsprogramme politisch durchzusetzen. Zugleich weigern sich die westlichen Regierungen, die Ukraine mit modernen und wirksamen Waffen zu ihrer Verteidigung auszustatten. Sie zwingen die Ukraine sich mit angezogener Handbremse zu verteidigen, nahezu ohne eigene Luftwaffe.

Regierungen der EU haben sie wiederholt stärkeren Wirtschaftssanktionen gegen Russland entgegengestellt. Besonders das deutsche Kapital verfügt immer noch über umfassende Vermögensbestände in Russland. Die Unternehmen in zahlreichen Ländern Europas – toleriert oder sogar unterstützt – von ihren Regierungen, umgehen systematisch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und betreiben weiterhin lukrative Geschäfte mit den russischen Partnern, auf Kosten der russischen Arbeiter:innenklasse, der ukrainischen Bevölkerung und zugunsten der Kriegskasse Putins. Sie liefern auf diese Weise Russland weiterhin Güter, die es zur Waffenproduktion einsetzt.³

Die Erklärung „*A People’s Peace not an Imperial Peace*“ hält fest, dass eine wirksame militärische Unterstützung der Ukraine keineswegs eine neue Welle der Aufrüstung erfordert.⁴ Vielmehr gilt es, die lukrativen und profitablen Waffenexporte für Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten, Türkei und Israel zu stoppen. Diese Regimes terrorisieren mit diesen Waffen ihre Nachbarvölker und ihre eigene Bevölkerung. Die Ukraine hingegen verteidigt sich in aller Not, erhält aber die erforderliche Hilfe nicht, bzw. nur eingeschränkt und an nachteilige Bedingungen geknüpft. Wir lehnen die Aufrüstungsprogramme der NATO und Waffenexporte in Drittländer ab.

Die Rüstungsindustrie darf nicht den Profitinteressen des Kapitals dienen – im Gegenteil, wir wollen auf die soziale Aneignung und demokratische Kontrolle der Rüstungsindustrie hinarbeiten.⁵ Eine gezielte Steigerung der Produktion spezifischer Waffen ist möglich, ohne eine allgemeine Aufrüstungswelle mit der damit einhergehenden ideologischen Kampagne auszulösen. Zudem müssen die EU- und NATO-Staaten endlich aufhören, Russland weiterhin waffenfähige Komponenten zu liefern und zu dessen

Kriegsfinanzierung durch den Bezug fossiler Treibstoffe und angereicherten Urans beitragen.

Aus sozialen und dringenden ökologischen Gründen bleibt die demokratische Konversion der Rüstungsindustrie in eine gesellschaftlich nützliche Produktion im globalen Maßstab dringend notwendig. Diese grundsätzliche Orientierung dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Es lässt sich nicht leugnen, dass wir da vor einem Dilemma stehen. Wir sind nicht mehr in der Situation, wo es nur ausschließlich gute und saubere Lösungen gibt. Wahrscheinlich werden derartige Situationen zunehmen: Die Erderhitzung beschleunigt sich, die imperialistische Rivalität verschärft sich, lokale Revolten erhalten Unterstützung von zweifelhaften Kräften.

Genau darum ist es entscheidend, dass emanzipatorische Kräfte und Bewegungen transnational, kontinental und schließlich global zusammenzuarbeiten, sowohl programmatisch als auch strategisch und ganz praktisch aktivistisch in konkreten Kampagnen. Die transnationale Solidarität und Zusammenarbeit von unten, jenseits und gegen alle geopolitischen Erwägungen und Bündnis ist die einzige Rückversicherung gegen eine Anpassung an und Unterordnung unter Herrschaftsstrategien.

Doch unmittelbar stehen wir vor ungelösten Fragen. Was bedeutet es für unsere grundsätzliche antimilitaristische Orientierung, wenn sich eine Bevölkerung einer Diktatur gegenüber sieht, die ohne Rücksicht auf eigene Verluste Krieg führt und gezielt die lebenswichtige Infrastruktur eines Landes zerstört. Sowohl die dem Faschismus ähnliche Putin-Diktatur als auch die von Faschist:innen durchgesetzte israelische Regierung zerstören systematisch geplant das gesellschaftliche Leben von Bevölkerung, deren Eigenständigkeit sie nicht anerkennen.

Was bedeutet das für den Widerstand gegen derartige Angriffs- und Besatzungstruppen? Was bedeutet das für unsere grundsätzliche antimilitaristische Orientierung? Wir stehen also vor Fragen, die jenen ähnlich sind, die sich dem antifaschistischen Widerstand vor und während des Zweiten Weltkriegs stellten.

3 Grüne Modernisierung am Ende und keine sozialökologische Transformation

Die Projekte einer grünen Modernisierung des Kapitalismus sind gescheitert. Es gibt keine Aussicht auf eine nicht-fossile kapitalistische Produktionsweise. Die Profitlogik und der Akkumulationszwang, die global ungleiche Entwicklung, die Eigenschaften erneuerbarer Energien und die begrenzten Rohstoffe degradieren den erforderlichen sozialökologischen Umbau auf profitable Maßnahmen oder entsprechende staatliche Subventionierungen. Diese helfen nicht, die Emissionen von THG so zu reduzieren, dass die Erderhitzung substanziell abgebremst werden kann.

Auch die Vorstellungen eines Green New Deal (GND) und einer sozialökologischen Transformation des Kapitalismus bleiben eine Illusion. Die gegenwärtigen

Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sind so groß, dass eine sozial-ökologische Konfiguration des Kapitalismus unmöglich ist. Sowohl Green New Deals als auch die oftmals nur allgemein und vage geäußerten Vorstellungen einer sozialökologischen Transformation des Kapitalismus bzw. der Suche nach einem sozialökologischen Akkumulationsregime sind ökonomisch inkonsistent und ökologisch ungenügend.⁶

„Erstens bestehen keine Potentiale die Produktivität in dem Maße zu steigern, dass sowohl die Löhne erhöht und die gesellschaftliche Infrastruktur verbessert als auch die Gewinne der Unternehmen sich wieder steigern lassen. Weil dieser Spielraum nicht besteht, können radikale Strukturreformen nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeiter:innenbewegung und die Umweltbewegung ein Kräfteverhältnis aufbauen, das es erlaubt, die Macht des Kapitals massiv einzuschränken. Dieses erforderliche Kräfteverhältnis kommt aber letztlich einer gesellschaftlichen Situation gleich, in der die Frage der politischen Macht und des Eigentums über Produktionsmittel ebenfalls gestellt werden kann und muss. Radikale Reform und revolutionärer Bruch verschmelzen.

Zweitens müsste ein *Green New Deal* eine kapitalistische Konfiguration ermöglichen, in der die Profite in den neuen grünen und nicht-fossilen Sektoren der Wirtschaft höher sind als in den fossilen Sektoren. Nur unter dieser Bedingung würde das erforderliche Kapital überhaupt in diesen Sektor fließen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das kurzfristig der Fall sein wird. Die Profite ließen sich auch in den nicht-fossilen Sektoren vor allem durch eine verstärkte Ausbeutung der Lohnabhängigen, das Drücken der Weltmarktpreise für die Inputs und einen Raubbau in anderen Bereichen der Natur bewerkstelligen. Schließt man diesen Weg aus, muss der Staat die Lücke schließen und die nicht-fossilen Bereiche der Wirtschaft finanzieren und selber aufbauen. Der ökonomische und ökologische Spielraum für einen „Deal“ beziehungsweise einen Sozialpakt mit dem Kapital oder Kapitalfraktionen besteht also nicht. [...].⁷

Drittens vermeiden es alle *Green New Deal* Vorschläge die grundsätzliche Frage anzusprechen, ob es möglich ist, den Ressourcen- und Energieverbrauch absolut zu senken bei gleichzeitigem Fortgang der kapitalistischen Akkumulationstätigkeit. Es gibt nirgendwo Anhaltspunkte, dass bei fortschreitender Kapitalakkumulation es möglich ist, den Ressourcenverbrauch absolut zu senken und zwar im Weltmaßstab. Jede Strategie, die beansprucht einen sozialökologischen Systemwechsel anzustreben, dieses Problem aber nicht anspricht, bleibt inkonsistent und ökologisch ungenügend.

Viertens treten wir mit dem Anthropozän-Kapitalismus in eine Phase voller Ungewissheiten, Unsicherheiten, Verunsicherungen, Instabilitäten und abrupten Wendungen. Diese Situation hat nichts mehr mit der stabilen Wachstumsphase des Neokapitalismus bis in die 1970er Jahr und den neoliberalen Verheißungen in den 1990er Jahren zu tun. Darum zielt eine Strategie, die auf eine graduelle

sozial-ökologischen Transformation und letztlich eine mehr oder weniger stabile neue sozial-ökologischen Entwicklungsweise des Kapitalismus setzt, völlig an den Herausforderungen vorbei. Die Dynamiken des Erdsystems mit seinen Kipppunkten werden den Gesellschaften abrupte Veränderungen aufzwingen. Im Gegensatz dazu entspricht eine ökosozialistische Strategie des antikapitalistischen Bruchs den brennenden und dringenden Herausforderungen.

Fünftens ist es fraglich, ob es politisch sinnvoll ist, begrifflich am New Deal der 1930er Jahre anzuschließen. [...] Die ökologische und gesellschaftliche Dringlichkeit im Kontext des Durchbrechens der planetaren Grenzen im Zeitalter des Anthropozäns macht den Begriff des *Deals* unsinnig. Es gilt nicht einen Diskurs des Kompromisses und seiner Aushandlung, sondern einen Diskurs der absoluten Dringlichkeit und des Aufbaus von gesellschaftlicher Gegenmacht zu entwickeln. Es geht also vielmehr darum, die Herrschaft des Kapitals, der herrschenden Politik und des gegenwärtigen politischen Führungspersonals zu delegitimieren als konzeptionell an einem *New Deal* der 1930er Jahre anzuschließen, der in einer völlig anderen gesellschaftlichen und ökologischen Situation seine Wirkung erzielen konnte.“

Die fossile Wirtschaft lässt sich nicht mit einem Deal und mit Hilfe des Staates ihre eigene Geschäftsgrundlage entziehen. Ohne gesellschaftliche Aneignung des fossilen Kapitals wird es nicht möglich sein, auf eine gesellschaftlich solidarische Weise aus den fossilen Energieträgern aussteigen. Jede Orientierung, die auf eine sozial-ökologische Reform bzw. Transformation des Kapitalismus setzt, ist im Anthropozän-Kapitalismus auf Sand gebaut und wird in grauensvolle Niederlagen führen.

Eine ökosozialistische Perspektive teilt etliche Einzelforderungen der radikalen Varianten eines Green New Deal, betrachtet diese allerdings als Teil einer Strategie des antikapitalistischen Bruchs, nicht eines Deals mit einzelnen Kapitalfraktionen oder Teilen der Eliten. Grundlage einer derartigen Orientierung sind die demokratische gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel, der Aufbau von unabhängigen demokratischen Strukturen, die eine gesellschaftliche Gegenmacht zum Ausdruck bringen können und schließlich die Infragestellung der Macht des Kapitals überhaupt. Auf dieser Grundlage gilt es eine revolutionäre ökosozialistische Strategie zu entwickeln.

4 Anthropozän und planetare Grenzen – Riss des Stoffwechsels

Lanciert durch die kapitalistische Industrialisierung, durchgesetzt mit der fordistischen „great acceleration“ des „Spätkapitalismus“ nach dem Zweiten Weltkrieg, hat die kapitalistische Produktionsweise das Erdsystem so stark verändert, dass es angebracht ist vom Anthropozän zu sprechen. Die erdgeschichtlich außerordentlich stabile Phase des Holozäns, die alle bisherige gesellschaftliche Entwicklung seit dem Ende der letzten Eiszeit und schließlich der neolithischen Revolution ermöglichte, ist vorbei.

Entscheidende planetare Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit sind durchbrochen. Das Überschreiten miteinander verbundener Kipppunkte des Erdsystems wird die gesellschaftliche Entwicklung fortan prägen. Das Erdsystem ist instabil geworden. Die Erderhitzung und die abrupten Veränderungen mit sich rasch folgenden Extremwetterlagen werden schon in wenigen Jahren und Jahrzehnten Millionen von Menschen dazu zwingen ihre Wohnorte zu verlassen. In 50 Jahren wird ein Drittel der Menschheit unter klimatischen Bedingungen leben, die keinen regelmäßigen Aufenthalt mehr zulassen. Erstmals in der Menschheitsgeschichte verändert sich das Erdsystem während einer Generation und es verändert sich leider wahrscheinlich schneller als die Gesellschaften zu lernen bereit sind. Jüngste Forschungsergebnisse lassen auch regelrechte Brüche des Klimas und zivilisatorische Zusammenbrüche als realistisch erscheinen.⁸

Diese historisch einmalige Situation stellt die gesamte Menschheit vor völlig neue Herausforderungen. Alle emanzipatorischen und ökosozialistischen Kräfte stehen vor der Frage, wie sie fortan gesellschaftlich wirksam eingreifen und die Kräfteverhältnisse substanziell verändern können.

In der bisherigen Menschheitsgeschichte waren die Bedingungen der physischen Welt, also beispielsweise der Zustand des Klimas oder der Verlauf von Küstenlinien, für die Lebensdauer einer Generation, ja vieler Generationen, relativ konstante Gegebenheiten. Im Anthropozän gilt das nicht mehr. Mittlerweile ist die Weltgesellschaft in einer Situation, in der die physischen Veränderungen des Erdsystems schneller ablaufen, als die Gesellschaften die Tragweite dieser Veränderungen überhaupt erkennen können. Das heißt aber auch, dass sich die Bedingungen für gesellschaftliche Projekte und politische Strategien auf globaler Ebene abrupt verändern, allerdings räumlich und sozial hochgradig ungleich.

Diese Konstellation macht jede reformorientierte Strategie – beispielsweise durch einen Green New Deal oder eine graduelle sozialökologische Transformation – zur Illusion, weil die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für Reformen schneller wegbrechen als sich Reformen durchsetzen lassen.

5 Die kapitalistische Produktionsweise ist eine Herrschaftsweise – autoritäre Kapitalherrschaft

Die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise beruht auf vier miteinander verschlungenen, allerdings sehr unterschiedlich strukturierten gesellschaftlichen Verhältnissen.

Erstens stützt sich die kapitalistische Produktionsweise darauf, dass Unternehmen unter dem Zwang der Konkurrenz Kapital akkumulieren und möglichst überdurchschnittliche Profite erzielen. Damit ist der Zwang zu Wachstum und zu steigendem Ressourcenverbrauch verbunden. Im Zuge der Produktion neuer Werte eignet sich das Kapital

unbezahlte Mehrarbeit in Form eines Mehrwerts durch die Ausbeutung der Lohnarbeit an.

Zweitens können die Lohnarbeitenden nur arbeiten, wenn sie ernährt, aufgezogen, gebildet, gepflegt und umsorgt werden. Es braucht also auch jene, welche die Lohnabhängigen reproduzieren. Das sind zumeist Frauen. Die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit in Form des Mehrwerts ist also auf die Erschließung unbezahlter reproduktiver Arbeit angewiesen. Diese beiden Ausbeutungsformen sind konstitutiv miteinander verwoben.

Drittens beruht der ganze Verwertungsprozess des Kapitals auf dem Raubbau an der Natur und der Entnahme ihrer „freien Güter“. Jeder Produktionsprozess, jeder Transportvorgang und jede Konsumtätigkeit ist immer zugleich auch eine Interaktion mit der Natur. Marx erfasste diese Verwobenheit mit dem treffenden Begriff des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur. Wenn wir also einen anderen Umgang mit der Natur pflegen wollen, müssen wir anders und weniger produzieren, den Transport anders organisieren sowie anders und weniger konsumieren und vor allem den erarbeiteten Reichtum und die Früchte der Natur teilen.

Viertens sichert sich das Kapital seine Herrschaft auch durch die systematische Spaltung der Klasse der Arbeitenden. Dabei sind rassistische Diskriminierungen und Fragmentierung der Arbeitenden ein entscheidendes Instrument zur Herrschaftssicherung.

Diese vier Verhältnisse bestimmen die sozial und räumlich ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie beruhen auf ungleicher Entwicklung und erzeugen diese ständig neu. Die kapitalistische Produktionsweise bringt den Imperialismus hervor und damit unterschiedliche Formen von Dominanz und Wertetransfers von dominierten zu dominierenden Regionen und Staaten. Die Ausbeutung der Lohnarbeit und der Reproduktionsarbeit, der Raubbau an der Natur, die rassistische Spaltung der Gesellschaften und die internationale imperialistische Expansion gehen zwingend miteinander einher. Eine emanzipatorische Umwälzung der Gesellschaft zur sozialen Befreiung und einen vernünftigen Stoffwechsel mit der Natur muss eine Überwindung dieser Verhältnisse durchsetzen. Diese grundsätzlichen Feststellungen unterstreichen, dass sich alle ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nur gemeinsam anpacken lassen und dabei immer die globale Dimension zu beachten ist. Es lässt sich nicht zuerst das Klima retten und erst anschließend gegen Diskriminierung und Ausbeutung kämpfen.

Die kapitalistischen Gesellschaften sind nicht nur von einer Krise der Produktion (Überakkumulation, periodische Überproduktion bei gleichzeitigem Mangel wichtiger Güter und Dienstleistungen, Verschleißproduktion, ökologische Zerstörung), sondern auch der Reproduktion gekennzeichnet. Die reproduktiven Tätigkeiten sind weiterhin patriarchal organisiert, verwehrt vielen Menschen den Zugang zu Diensten, die Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Infrastruktur sein sollten.

Die liberale Anerkennung von Diversität hat den in der kapitalistischen Produktionsweise eingeschriebenen Rassismus nicht überwunden. Im Zuge der verschärften Krisen und der Krieg erleben wir vielmehr ein Aufflammen rassistischer Diskurse und Praktiken.

6 Autoritäre Kapitalherrschaft im gesellschaftlichen Desaster

Die herrschenden Klassen befinden sich in einer Orientierungskrise. Mehr als vier Jahrzehnte neoliberale Hegemonie haben sich erschöpft. Die neoliberalen Konzepte wirken nicht mehr. Die Verheißungen des scheinbar freien Marktes und Welthandels erweisen sich als bittere Illusionen. Die gesellschaftlichen Ungleichheiten haben sich massiv verstärkt. Die unumkehrbaren ökologischen Zerstörungen nehmen zu. Die Regierungen Nordamerikas und Europas greifen zunehmend zu protektionistischen Maßnahmen, um die erstarkenden Rivalen aus China auszubremsen, denen das nordamerikanische und europäische Kapital durch massive Direktinvestitionen seit den späten 1990er Jahren ihrerseits die nötige Anschubfinanzierung erbrachte.

Die sich verkettenden Widersprüche und Krisen, die eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise selbst sind, erweisen sich als immer schwieriger zu verwalten und kleinzuarbeiten. Nicht weil die Arbeiter:innenbewegung bedrohlich stark geworden ist, sondern weil die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsweise und die geopolitischen imperialistischen Rivalitäten sich im Rahmen der parlamentarischen Demokratie als zunehmend schwieriger zu verwalten erweisen, erwägen Teile des herrschenden Bürgertums autoritäre Herrschaftsformen durchzusetzen.

Zugleich nutzen nationalkonservative und faschistische Kräfte die gesellschaftliche Krise, die durch „grüne“ Modernisierungsprogramme bewirkten sozialen Belastungen sowie die Abstiegsängste unter den Lohnabhängigen und im Kleinbürgertum aus, um ihre rassistische Ausgrenzung und chauvinistischen Nationalismus in der Gesellschaft zu verankern und auf der politischen Bühne institutionell durchzusetzen.

Diese Strömungen leugnen oder relativieren sowohl die mit der Strukturierung in gesellschaftliche Klassen verbundene Ungleichheit als auch die ökologischen Herausforderungen oder sie akzeptieren diese als unabwendbar. Sie verteidigen die Privilegien der „Weißen“, „Russen“, „Europäer“ gegen den Rest der Menschheit. In zahlreichen Ländern erleben wir eine breite Popularisierung und Banalisierung faschistischer Anschauungen. Die Projekte nationalkonservativer und faschistischer Kräfte werden zunehmend klarer: Kontinuität der fossilen Wirtschaft, Verallgemeinerung der Konkurrenz, selektive Abschottung, rassistische Ausgrenzung, patriarchaler Backlash, autoritäres Regime, technologischer Solutionismus.

Teile der bürgerlichen Klasse lassen erkennen, dass sie bereit sind, mit Faschist:innen zusammenzuarbeiten und

ihnen Regierungsverantwortung anzuvertrauen. Das ist hochgefährlich. Gelingt es der geschwächten Arbeiter:innenbewegung im Verbund mit demokratischen progressiven sozialen Bewegung nicht, der faschistischen Gefahr wirksam entgegenzutreten, droht eine langanhaltende weitere Schwächung und eine Zerrüttung des Selbstvertrauens der Lohnabhängigen in die eigene Kräfte. Dann werden noch mehr Lohnabhängige darauf setzen, dass nicht sie selber durch Organisation Verbesserungen durchsetzen können, sondern dass starke Politiker:innen autoritär „aufräumen“ und alle jene aus dem Weg räumen und ausschaffen, die scheinbar ungerechtfertigterweise an unserer Gesellschaft teilhaben wollen.

Der Anthropozän-Kapitalismus wird zunehmend autoritär. Die kapitalistische Produktionsweise wird trotz aller Krisen nicht zusammenbrechen. Sie kann mit dem Desaster umgehen, allerdings mit dem Preis, dass Millionen und schließlich Milliarden von Menschen die Existenzgrundlagen entzogen werden und schließlich als Überschüssige ihrem Elend und Tod überlassen werden. Das Abgleiten in die Barbarei ist eine realistische Möglichkeit.

7 Krise des Sozialismus

Die linken und sozialistischen Organisationen befinden sich in einer tiefen und langwierigen Krise. Diese ist auf politische, gesellschaftliche, kulturelle und historische Gründe zurückzuführen. Die Sozialdemokratischen Parteien haben sich bereits vor hundert Jahren von einer Orientierung verabschiedet, die auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zielt. Die kommunistischen Parteien haben in ihrer Mehrheit die stalinistische Diktatur und ihre Verbrechen gutgeheißen. Von dieser historischen Hypothek können sie sich nicht mehr losreißen. Sie bieten keine Impulse für eine emanzipatorische ökosozialistische Strategie und gesellschaftliche Orientierung. Gefangen in ihrer geopolitischen Logik neigen einige dazu, mit reaktionären Kräften zusammenzuarbeiten, weil sie die NATO als Hauptfeind ausmachen.

Seit dem Kollaps der bürokratischen Diktaturen 1989-90 befindet sich die Linke in einem wechselvollen Prozess der Neufundierung, ohne dass eine theoretische und strategische Neufundierung gelungen wäre. Neue linkspopulistische Parteien wie beispielsweise Podemos in Spanien haben sich bereits kurz nach ihrem phänomenalen Aufstieg wieder herrschaftskonform angepasst. Syriza in Griechenland degenerierte vollständig. DIE LINKE in Deutschland schaffte es nicht, sich ein neues Fundament zu erarbeiten. Ein Teil ihrer Basis, vor allem in den östlichen Bundesländern, blieb sozialkonservativ und findet derzeit im BSW eine neue politische Ausdrucksform. Das BSW sucht den Schulterchluss mit Nationalkonservativen und trägt dazu bei, den gesamten politischen Diskursraum hin diese Richtung zu verschieben.

Alternative Strömungen, seien sie rätekommunistisch, revolutionär-sozialistisch, anarchistisch, anarchosyndikalistisch, sozialistisch-feministisch oder ökosozialistisch – haben es nur während kurzen Ausnahmenzeiten geschafft,

gesellschaftliche Relevanz zu erlangen und tendieren dazu, sich politisch und gesellschaftlich abzukapseln, was zu sektenartigem Verhalten führt.

Dieser Neufundierungs- und Formierungsprozess bleibt dringlicher als je zuvor. Ökosozialistische Versuche entstanden bereits in den 1980er Jahren, konnten aber keine wirkliche Relevanz entfalten.⁹ Ab den 2000er Jahren kristallisierte sich ein ökologischer Marxismus heraus. Auf internationaler Ebene entstanden ökosozialistische Netzwerke. Die Vierte Internationale nahm eine ökosozialistische Programmatik an.¹⁰ Keine andere internationale marxistische oder sozialistische Strömung hat sich bislang so intensiv mit der ökologischen Herausforderung auseinandergesetzt und die eigenen programmatischen Grundlagen überarbeitet. Das Manifest *Ecosocialist Revolution* von Anticapitalist Resistance skizziert, wie eine ökosozialistische Gesellschaft aussehen und wie eine ökosozialistische Revolution gelingen kann.¹¹ Meine Überlegungen gehen in eine ähnliche Richtung.

Im deutschen Sprachraum gibt es einzelne ökosozialistische Gruppen und Netzwerke, die allerdings eine unterschiedliche Praxis pflegen. Einige verstehen sich als Bildungsnetzwerk, andere beteiligen an Tarifeinensetzungen (bspw. #wirfahenzusammen), einige passen sich bisweilen dem Druck ihres Umfeldes und der Gewerkschaftsbürokratien nach ökologischer Mäßigung an oder schließen sich sogar dem leider stark verankerten geopolitischen Blockdenken an.

Wir stehen also vor der Aufgabe, eine revolutionäre ökosozialistische Strömung zu formieren und aufzubauen. Diese muss Impulse aus den feministischen, wachstumskritischen, antirassistischen und antiimperialistischen Bewegungen aufgreifen und junge Menschen für das Projekt gewinnen.

8 Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen

Der Aufbau einer Infrastruktur erneuerbarer Energien ist sehr rohstoff- und energieintensiv. Viele dieser Rohstoffe sind begrenzt vorhanden. Möglicherweise werden die Preise wichtiger Rohstoffe deutlich ansteigen. Der erforderliche Umbau des Energiesystems und die komplette Ersetzung fossiler Energieträger durch elektrischen Strom, der mit erneuerbaren Energieträgern erzeugt wird, ist auf globaler Ebene nicht möglich, ohne massive Reduktion des Energieverbrauchs in den frühindustrialisierten imperialistischen Ländern. Diese sind historisch für den Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Sie tragen also eine ökologische Schuld gegenüber der Mehrheit der Menschheit im globalen Süden.

Diese Gründe machen deutlich, dass eine ökosozialistische Umgestaltung der Gesellschaft nur möglich wird, wenn es gelingt, mit dem Wachstumszwang und der damit zusammenhängenden kapitalistischen Akkumulation zu brechen.

Darum muss die ökosozialistische Perspektive Elemente aus der wachstumskritischen Diskussion und der Degrowth-Bewegung aufgreifen und in ihre Programmatik

integrieren. Die Vierte Internationale hat mit ihren Vorschlägen für eine ökosozialistische Alternative im Entwurf für ein neues Manifest diese theoretische und politische Aufgabe angenommen. Entscheidend ist, dass diese Programmatik Ausdruck einer weltweiten Diskussion wird. Die programmatischen Vorschläge dieses Manifests bieten eine wichtige Grundlage für den Aufbau einer weltweiten revolutionären ökosozialistischen Strömung.¹² Allerdings bietet dieses Dokument kaum Hinweise auf die bislang ungelösten strategischen Herausforderungen für revolutionäre Ökosozialist:innen, ganz besonders in den frühindustrialisierten imperialistischen Ländern. Hier sind weite Teile der Lohnabhängigen in die imperiale Produktions-Reproduktions- und Lebensweise integriert und setzen noch immer darauf, genau diese Lebensweise zu verteidigen. Viele befürchten, dass ihnen – auch aufgrund von Maßnahmen für den „Klimaschutz“ bald weniger zum Leben bleiben wird. Das nutzen sozial- und nationalkonservative, nationalpopulistischen und faschistischen Kräfte, um ihren Einfluss unter Lohnabhängigen auszubauen.

Solange die Gewerkschaften sich dem Standortwettbewerb der Konzerne und der Wettbewerbspolitik der Regierungen unterordnen und dieser nicht die transnationale Solidarität von unten entgegensetzen, sind sie mitverantwortlich für diese verhängnisvolle Entwicklung.

Um in den unterschiedlichen Weltregionen auf der Grundlage praktischer Erfahrungen in Kämpfen konkrete strategische Hypothesen zu formulieren, ist noch viel Verständigungsarbeit zu leisten. Dringend erforderlich sind organisierte transnationale Debatten, die bisherige Strömungsidentitäten überwinden.

9 Revolutionär brechen

Revolutionäre Ökosozialist:innen stehen vor einer Herausforderung, die historisch komplett neu ist. Die Brüche im Erdsystem und die Konsequenzen der Erderhitzung sind so weitreichend, dass sie die menschliche Gesellschaft, so wie wir sie kennen, in wenigen Jahrzehnten in Frage stellen. Nur mit einem raschen antikapitalistischen Bruch lässt sich die Erderhitzung so weit abbremsen, dass eine verhängnisvolle Eigendynamik verhindert werden kann, die das Überleben und Leben vieler Gesellschaften in Frage stellen würde. Ich greife hier einige Aussagen aus meinen früheren Publikationen auf.¹³

Ökosozialismus muss ökofeministische Perspektive integrieren. Frauen bilden die Mehrheit der nicht-entlohnenden arbeitenden Klassen und tragen die doppelte Bürde von Lohnarbeit und nicht entlohnter reproduktiver Arbeit. Darum ist der Aufbau einer umfassenden gesellschaftlichen Infrastruktur von Kinderbetreuung, Pflege bedürftiger Menschen und Gesundheitseinrichtungen in Städten der kurze Wege mit einem kostenlosen öffentlichen Verkehr eine zentrale Achse ökosozialistischer Politik. Die Durchsetzung radikaler Arbeitszeitverkürzung erlaubt es entlohnte und nichtentlohnte Arbeiten gleichmäßiger zwischen den Geschlechtern aufzuteilen. Diese Orientierung konsequent weitergedacht mündet letztlich in eine

Überwindung der Lohnarbeit, was aber selbst nach einer Entmachtung des Kapitals noch ein langer Prozess sein wird.

„Wir brauchen eine Gesellschaft, die weniger und anders produziert, weniger transportiert, mehr Sorge für die Menschen und die Natur trägt, den gesamten Reichtum teilt und gemeinsam entscheidet. ‚Ein Wandel der Lebensformen bedingt eine radikale Umwandlung der Produktionsformen und der Arbeitsweisen. In diesem Sinne ist ein ökologischer Umbau der Produktion, des Transports, der technologischen Entwicklung und des gesamten Alltags einschließlich der Reproduktion zu erkämpfen, um einen tragfähigen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur einzuleiten‘¹⁴. Das bedeutet, dass sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten in einem Prozess der Selbstermächtigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der bürgerlichen Klasse erfolgreich entgegenstellen und diese beenden. Ökosozialist:innen wollen die kapitalistische Produktionsweise überwinden.

Eine ökosozialistische Umwälzung der Gesellschaft zielt auf die demokratische gesellschaftliche Aneignung der Produktion, des Finanzsektors, der Transportinfrastruktur und einen massiven Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur, die weitgehend gratis anzubieten ist. Nur auf diese Weise lässt sich die Gesellschaft auf demokratische Weise sozial gerecht und ökologisch verträglich organisieren. Zentrales Ziel einer ökosozialistischen Alternative ist die gerechte Teilung der gesellschaftlichen notwendigen Arbeitszeit, und zwar der entlohnenden und nicht entlohnenden Arbeitszeit. Die ökosozialistische Perspektive lotet Möglichkeiten einer solidarischen Lebensweise und umfassenden sozialen Emanzipation aus.

Die Orientierung auf eine ökosozialistische Alternative berücksichtigt, dass die klassische Arbeiterbewegung historisch darin gescheitert ist, die Emanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Berücksichtigung der ökologischen Schranken voranzutreiben. In diesem Sinne bedeutet „ökosozialistisch“ auch eine Verpflichtung, die programmatischen Grundlagen ständig zu überdenken und zu überarbeiten.

Die große Herausforderung besteht jedoch darin, politische Perspektiven zu entwickeln, die mindestens drei Anforderungen genügen. *Erstens* müssen sie die enorme Kluft zwischen den erforderlichen Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung und dem Bewusstseinsstand breiter Teile der arbeitenden Klassen schließen. *Zweitens* müssen sie unter Berücksichtigung der ökologischen Beschränkungen an konkreten sozialen, feministischen und ökologischen Anliegen großer Teile der gesamten arbeitenden Klasse und an den gegenwärtigen Auseinandersetzungen anknüpfen. Dabei gilt es den *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen* auf regionaler, nationaler und globaler Ebene einen politischen Ausdruck zu verleihen. *Drittens* sind diese Forderungen und Perspektiven so in einem in einem ökosozialistischen Übergangsprogramm zu verschmelzen, dass die Dynamik ihrer Verwirklichung schließlich den Rahmen der bestehenden Konkurrenz- und

Profitlogik durchbricht., sich aber an die von der Natur vorgegebenen Beschränkungen hält.“

10 Wer kann aufbrechen und brechen? Die Klasse der Arbeitenden

Um wirkliche Veränderungen in Industrien durchzusetzen, ist das kollektive Handeln der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen erforderlich. Erst wenn sich Millionen von Lohnabhängigen (im breiten gesellschaftlichen Sinne) und ihre Gewerkschaften als aktiver Teil einer Bewegung für radikale sozialökologische Strukturreformen verstehen und bereit sind, sich in „ihren“ Unternehmen und Betrieben, an ihrem Wohnort und ihrem Lebensraum für einen ökologischen Umbau der Produktion und Reproduktion einzusetzen, wird sich das Kräfteverhältnis substantiell verändern. Wie gelingt es, die große Mehrheit der Lohnabhängigen für radikale sozial-ökologische Strukturreformen zu gewinnen? Das ist die große Frage, auf die auch wir keine fertigen Antworten haben. Viel spricht dafür, dass das kurzfristig unmöglich ist und vor allem die Lohnabhängigen in weltmarktorientierten Industrien davon ausgehen, dass ihr eigenes zumindest kurzfristiges materielles Wohl vom Erfolg „ihrer“ Unternehmen abhängt.

Im Zuge des Kampfes für Reformen können die Menschen in Bewegungen und Betrieben gemeinsam lernen und die nötigen Erfahrungen machen, die es ihnen erlauben, die Machtfrage im Kleinen sowie gesamtgesellschaftlich wirkungsmächtig auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzungen zu bringen. Die wirksamste Maßnahme, mit der Beschäftigte für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, umfassendere soziale Absicherungen und eben für ökologisch und gesellschaftlich verträglichere Produktionsabläufe kämpfen, ist der Streik.

Mit Streiks stellen die Beschäftigten eines Unternehmens ansatzweise die Machtfrage über die Kontrolle der Produktion und der Abläufe im Unternehmen. Durch ihren Ausstand signalisieren sie, dass sie die Anordnungen der Unternehmensleitung nicht befolgen und sich zu einer Gegenmacht formieren. Besonders wenn die Streikenden ihre Aktion weitertreiben und ihre Produktionsstätte oder ihren Bürokomplex besetzen oder sogar vom passiven zum aktiven Streik übergehen und die Arbeit unter eigener Regie wiederaufnehmen, stellen sie die Macht des Kapitals zunächst perspektivisch und schließlich sogar real in Frage. Schließen sich die Beschäftigten vieler Betriebe in einer Region oder eines Landes für einen Generalstreik zusammen, demonstrieren sie ihre kollektive Vetomacht gegenüber der wirtschaftlichen Macht des Kapitals. Das zeigen die Erfahrungen aus vielen Generalstreiks. Gelänge es in mehreren Ländern, möglichst unbefristete Generalstreiks für einen ökologischen industriellen Umbau durchzuführen, würde das die politischen Kräfteverhältnisse substantiell verändern. Einer derartigen Manifestation von Gegenmacht müsste jede Regierung Rechnung tragen.

Eine demokratische, auf die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen gestützte Organisation bietet den einzelnen

Lohnabhängigen die Möglichkeit, die lang erlebte eigene Passivität und Unterordnung unter verschiedene „Autoritäten“, seien das staatliche Behörden, das Unternehmensmanagement oder die Gewerkschaftsbürokratie, zu überwinden, also selbst aktiv und zum Subjekt zu werden. Die Selbstermächtigung ist Beginn und Voraussetzung der Selbstemanzipation.

Doch gegenwärtig sind wir in Europa, Nordamerika, Japan und China weit von einer derartigen Dynamik entfernt. Die globale Dringlichkeit eines radikalen industriellen und gesellschaftlichen Umbaus und das mangelnde Bewusstsein der arbeitenden Klassen über eben diese Dringlichkeit, vor allem das mangelnde Bewusstsein über die potentielle kollektive Macht stellen revolutionäre Ökosozialist:innen vor brennende strategische Herausforderungen:

Erstens müssen sie eine Debatte über strategische Zugänge eröffnen, die es erlauben, große Teile der arbeitenden Klassen für eine konkrete Um- und Rückbauperspektive der fossilen Industrien zu gewinnen. *Zweitens* müssen sie jeden erdenklichen und bescheidenen Ansatz nutzen, um den Aufbau breiter Bewegungen für unmittelbare Tagesforderungen zu fördern, die schließlich auch die Perspektive eröffnen radikale sozial-ökologische Strukturreformen durchzusetzen. *Drittens* müssen sie eine starke revolutionäre ökosozialistische Strömung aufbauen, die sich ihre eigenständigen organisatorischen Strukturen gibt und strategische Konzepte ausarbeiten, die es erlauben wirkungsmächtig in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Es gilt neue Konzepte von gesellschaftlicher Gegenmacht, die hin zu Doppelmacht und revolutionäre Umwälzung reichen, auszuarbeiten und auszuprobieren.

11 Von der Reform zur Gegenmacht, Doppelmacht und darüber hinaus

Revolutionäre Ökosozialist:innen unterstützen jede Reform, die das Leben verbessert und die ökologische Belastung mindert. Doch das reicht nicht. Theoretisch und praktisch ist mit der Logik des Profits und der Konkurrenz sowie mit den bestehenden Machtorganen zu brechen. Eine alternative Orientierung besteht in der *demokratischen gesellschaftlichen Aneignung* der wichtigsten Ressourcen und der zentralen Produktionsmittel.

Die Methode, Strategie und Praxis der gesellschaftlichen Aneignung bedeutet Demokratie, Eigentum und Selbstermächtigung im Sinne der Emanzipation der Lohnabhängigen, Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenzuführen und in der Praxis zusammenzuführen. Forderungen in einer emanzipatorischen und ökosozialistischen Perspektive beginnen als Reformen und verfügen zugleich über eine inhärente Logik, die der Logik der Kapitalakkumulation widerspricht. Sie stellen die gemeinschaftliche Selbstermächtigung und die gesellschaftliche Aneignung gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit, Entmündigung und Unterwerfung der großen Mehrheit der Menschen sowie die Plünderung und Zerstörung der Natur.

Eine ökosozialistische Strategie setzt auf die Übernahme der Entscheidungsgewalt durch Belegschaften, Genossenschaften, kommunale Versammlungen von Bürger:innen sowie eine Zurückdrängung des Kapitaleinflusses in der Gesellschaft und den politischen Gremien. Schließlich gilt es das Kapital vollständig zu entmachten und stattdessen gemeinschaftliche Eigentumsformen durchzusetzen.

Die Entscheidungen darüber, *was, wo, wie* und *von wem* produziert wird, sind Schlüsselentscheidungen unserer Gesellschaft. Sie sind nicht nur für die Verteilung des Wohlstands, sondern auch für den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur entscheidend.

Das Konzept der Arbeiter:innenkontrolle, das in Teilen der nicht-sozialdemokratischen und nicht-kommunistischen Arbeiter:innenbewegung in gesellschaftlichen Aufbruchzeiten lebhaft diskutiert wurde, liefert Impulse für eine Strategie von Übergangsforderungen und antikapitalistischen Strukturreformen. Übergangsforderungen verbinden Kämpfe für Sofortziele und Reformen (in Hinblick auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialgesetzgebung, Umweltbestimmungen, demokratische Rechte und Maßnahmen gegen Repression etc.) mit einer weitergehenden antikapitalistischen Orientierung, die schließlich in den revolutionären Bruch münden kann.

Räte der Lohnabhängigen in den Betrieben und Bewohner:innen in Stadtteilen errichten als demokratische Organe eine Kontrollmacht gegenüber den Unternehmensleitungen und Regierungen aus. Eignen sich die Räte der Lohnabhängigen und Bewohner:innen Machtbefugnisse an und werden sie von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als Organe der Verwaltung der Gesellschaft anerkannt, dann können sich diese Organe sogar zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht gegenüber den etablierten Organen des Staates weiterentwickeln. In einem solchen Fall entsteht eine Situation einer Doppelmacht, die allerdings kaum lange Zeit bestehen kann. Derartige Räte können die Keimform einer neuen Ordnung bilden.

Die Erfahrungen der Arbeiter:innenbewegung und anderer sozialer Bewegungen lehren uns, dass eine ökosozialistische Gesellschaftsveränderung und ein umfassender gesellschaftlicher Emanzipationsprozess weder mit dem bestehenden Staat noch mit staatlicher Politik durchgesetzt werden können. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist weder neutral, noch verkörpert er ein Allgemeininteresse der Gesellschaft, sondern er ist Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und damit Klassenstaat. Daher ist er kein Instrument, das dazu taugt, dieses Verhältnis grundlegend zu verändern.¹⁵

Ein mögliches Szenario kann auch so aussehen, dass an Wahlen in einem oder in mehreren Staaten eine sozialökologische Reformregierung gewählt wird. Damit meine ich nicht eine sozialdemokratisch-grüne Regierung, sondern eine Regierung, die gestützt auf starke soziale Bewegungen radikale sozialökologische Reformen durchsetzen will.

Ob sich eine derartige Regierung halten kann, hängt von den realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, der Mobilisierungsstärke einer sozialökologisch orientierten Arbeiter:innenbewegung und der internationalen Konstellation ab. Denn ohne offene Konfrontation mit der EU ließe sich eine konsequente sozialökologische Reformpolitik nicht umsetzen. Bei Kapitalflucht und Erpressung durch die Banken blieben einer solchen Regierung kaum mehr Handlungsspielräume. Sie wäre gezwungen, den Konflikt mit dem Kapital und seinen Vertreter:innen auszutragen. Das könnte aber schon bald dazu führen, dass sie vor der Alternative stünde, entweder eine Dynamik des antikapitalistischen Bruchs einzuleiten oder sich dem Druck des internationalen Kapitals unterzuordnen.

Ein Bruch ist aber nur möglich, wenn die Lohnabhängigen und sozialen Bewegungen ihre eigenen Strukturen der gesellschaftlichen Kontrolle, also eigene Räteorgane, so stark entwickelt haben, dass diese eine größere gesellschaftliche Legitimität genießen als der Staatsapparat.

Eine zentrale Frage ist, ob sich eine solche Machtprobe überhaupt auf nationaler Ebene einleiten lässt. Aufgrund der engen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen in Europa mit räumlich und organisatorisch zergliederten Produktions- und Innovationssystemen und der ökologischen Dringlichkeit, den industriellen Umbau transnational voranzutreiben, ist dieses umfassende Kräftemessen ebenfalls auf transnationaler Ebene einzugehen.

12 Transnationale ökosozialistische Perspektiven¹⁶

„Mit der gesellschaftlichen Aneignung des gesamten Energiesektors sind die Probleme noch nicht gelöst, sondern nur die Voraussetzungen dafür geschaffen, um eine umfassende Entfossilisierung durchzusetzen. Da das fossile Kapital ausgesprochen stark zentralisiert und in großen transnationalen Konzernen organisiert ist, gerät die gesellschaftliche Aneignung zur umfassenden Herausforderung, die auf transnationaler und kontinentaler Ebene anzupacken ist. Öffentliches Eigentum allein garantiert in keiner Weise eine sozialökologische Konversion. Um die europaweite Vergesellschaftung und den Umbau des Energiesektors voranzutreiben, sind drei miteinander verbundene Achsen zu beachten.

Kapitalentwertung. Die Kohle, das Öl und das Gas müssen im Boden bleiben. Der Um- und Rückbau der fossilen Industrien ist mit einer gigantischen Kapitalentwertung verbunden. Wie lässt sich diese Entwertung so organisieren und durchführen, dass sie nicht zu einem gesellschaftlichen Desaster, Arbeitslosigkeit, Verelendung und Marginalisierung von Millionen von Menschen führt, ganz besonders in stark von dieser Entwertung betroffenen Regionen und Ländern? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Die seit einigen Jahren diskutierten Ansätze zur Konversion von Industrien, beispielsweise der Automobilindustrie, zielen in die richtige Richtung, bleiben aber ungenügend und unterschätzen die Tragweite der Herausforderung

Die fossilen Konzerne werden die anstehende Entwertung freiwillig nie akzeptieren. Nur wenn es gelingt, die Energiekonzerne gesellschaftlich anzueignen, wird es möglich sein, diese Entwertung gegen die Vermögenden und im Sinne der breiten lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, ohne massenhafte Arbeitslosigkeit und Verarmung. Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich die konkreten Schritte demokratisch so planen, dass die bisherigen Kapitaleigner einen großen Teil der finanziellen Bürde des Umbaus tragen und die gesamte Gesellschaft solidarisch einbezogen wird. Doch solange das auf nationaler Ebene geschieht, können sich die Konzerne dem Druck einzelner Regierungen durch Verlagerungen und Kapitalflucht entziehen. Die Wertschöpfungsketten sind längst transnational organisiert sind und die Kapitaleigentümer, also die großen Finanzunternehmen konzipieren ihre Anlagestrategien auf globaler Ebene. Daher gibt es keinen Spielraum mehr für „nationale Wege“, die klimapolitisch ohnehin falsch wären. Der Um- und Rückbau des fossilen Sektors muss deshalb großräumig kontinental erfolgen, genauso der Prozess der gesellschaftlichen Aneignung. Große Finanzunternehmen wie Blackrock und Vanguard zählen zu den wichtigsten Eigentümern vieler fossiler Großkonzernen. Sie beeinflussen auch deren Investitionsstrategien. Daher ist der Rück- und Umbau des fossilen Energiesektors nur möglich und auf gesellschaftlich sinnvolle Weise organisierbar, wenn die gesellschaftliche Aneignung der fossilen Industrien und jener des Finanzsektors einhergeht. Derart umfassende Umbrüche geschehen selbstverständlich nicht gleichzeitig auf einem ganzen Kontinent, sondern abhängig von den Kräfteverhältnissen und konkreten Ressourcen sehr ungleich. Aber nur miteinander kombiniert können sie erfolgreich sein.

System erneuerbarer Energien. Bereits jetzt sind die Stromnetze europaweit zu einem System verknüpft und es existiert ein dichtes Netz von Gaspipelines. Eine rein nationalstaatliche Planung ist daher unpassend. Im Gegensatz zu den fossilen Energieträgern lässt sich der Strom aus erneuerbaren Energien nicht einfach speichern. Der Aufbau einer Speicherinfrastruktur ist enorm aufwändig und teuer. Auch aufgrund gleichzeitig auftretender Sonnen- und Windflauten müssen die Erzeugung, der Austausch und die Speicherung von Strom sowie die hierfür erforderlichen gigantischen Infrastrukturen kontinental konzipiert und realisiert werden. Regierungen und Industrievertreter:innen preisen gegenwärtig die Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (*Carbon Capture and Storage*) ohne jegliche wissenschaftliche Untermauerung als entscheidendes Mittel zur Minderung der CO₂-Emissionen an. Das ist nichts anderes als eine hochspekulative technologische Wette. Denn noch immer gibt es weltweit keine rentablen großindustriellen Anlagen zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung. Doch auch in einer ökosozialistischen Transformationsperspektive werden wir nicht darum herumkommen, derartige Technologien in einem vernünftigen Maß zu entwickeln und anzuwenden. Da diese aber sehr energieintensiv und teuer sind, stellen sich sofort die Fragen, wer und welche Regionen die entsprechenden

Investitionen und die Lasten der Lagerung von CO₂ zu tragen haben.

Industriestrategie. Der sozial-ökologische Umbau des Energiesektors und zahlreicher weiterer Industrien steht auch vor der Herausforderung, die Wertschöpfungsketten neu zu organisieren, fossile Produktionsnetzwerke zu überwinden und nicht-fossile erst zu schaffen. Blicken wir konkret auf die Produktionsnetzwerke in den Industrien, erkennen wir rasch, dass sich diese kaum irgendwo an nationale Grenzen halten. Jede Veränderung von Produktionsprozessen an einem Ort wirkt sich unmittelbar auch an anderen Orten auf der Welt aus. Wenn wir die Automobilindustrie in Deutschland um- und zurückbauen, hat das selbstverständlich sofort Auswirkungen auf alle anderen Produktionsstandorte der deutschen Konzerne in Europa und an vielen weiteren Orten. Damit stellen sich konkrete Fragen: Welche Tätigkeiten sollen im Zuge des Um- und Rückbaus dieser Industrie im eigenen oder in einem anderen Land stattfinden? Oder denken wir an die wichtige Stahlindustrie. Diese braucht große Mengen grünen Wasserstoffs. In Deutschland ist es nicht möglich, diesen grünen Wasserstoff mit erneuerbaren Energien in ausreichender Menge zu produzieren. Die allgemeine Elektrifizierung verschlingt für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche bereits große Mengen an grünem Strom. Ist es nun wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch sinnvoll und gerecht, diesen grünen Wasserstoff aus anderen Ländern, beispielsweise aus Nordafrika, Namibia oder der Ukraine zu importieren, wo doch alle diese Länder ihr eigenes Energiesystem ebenfalls umbauen müssen? Oder kann es sinnvoller sein, den Stahl eben dort zu produzieren, wo Strom aus erneuerbaren Energien günstig und in großen Mengen erzeugt werden kann? Erwiesene sich das zweite Szenario als sinnvoller, stünde das in einem harten Gegensatz zur traditionellen Position der Standortsicherung der Gewerkschaften und der linken Parteien.

Derartige Entscheidung dürfen wir weder den Konzernen noch den Nationalstaaten überlassen. Für viele Entscheidungen über Zentralisierung oder Dezentralisierung mag die kontinentale Ebene angemessen sein, doch gerade das Beispiel der Stahlindustrie zeigt, dass wir über demokratische Entscheidungsprozesse und -befugnisse auf transnationaler Ebene nachdenken müssen. Viele kapitalintensive und komplexe Produktionsprozesse sind aus ökologischen Gründen wohl eher zentralisiert und räumlich konzentriert zu organisieren. Andere Tätigkeiten, beispielsweise in der Nahrungsmittelproduktion, erfolgen sinnvollerweise eher dezentral. Diese Sachverhalte und Herausforderungen sprechen stark dafür, kontinentale bzw. europäische Umbaukonzepte zu entwickeln. Das ist allerdings nicht nur eine theoretische, konzeptionelle oder akademische Aufgabe, vielmehr ergeben sich die Herausforderungen und Möglichkeiten auch durch die Praxis der sozialen Bewegungen und der kollektiven transnationalen Verarbeitung ihrer Erfahrungen.

Die hier vorgestellte Perspektive ist weit entfernt von den gegenwärtigen Diskussionen in der Klimabewegung, fortschrittlichen Gewerkschaftskreisen und linken Parteien. Es

ist eine zentrale Aufgabe ökosozialistischer Kräfte derartige Konzepte zu entwickeln und zu Diskussionen darüber anzuregen. Es gilt konzeptionelle und strategische Brücken zwischen der deprimierenden gegenwärtigen Situation und den noch unkonkreten Vorstellungen einer ökosozialistischen Gesellschaft zu bauen.“

„Wie lässt sich eine demokratische Vergesellschaftung transnational verwirklichen? Ein wichtiger Schritt in diese Richtung besteht im Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, um eine europäische Kampagne für die gesellschaftliche Aneignung des Energiesektors von der Erzeugung über die Übertragung bis zur Verteilung an Unternehmen und Haushalte zu starten. Zugleich ist auf regionaler und nationaler Ebene dafür zu kämpfen, dass die Grundversorgung mit Energie Teil einer gesellschaftlichen Infrastruktur wird. Der Zugang zu Energie für die Alltagsbedürfnisse darf nicht von der sozialen Stellung und Klassenzugehörigkeit eines Menschen abhängig sein. Die ökosozialistischen Strömungen in den verschiedenen Ländern sollten sich gemeinsam für den Aufbau eines derartigen Bündnisses einsetzen.

In zahlreichen Ländern, Regionen und Städten haben sich Initiativen und Bewegungen für die Vergesellschaftung des Energiesektors und eine gute gesellschaftliche Energieinfrastruktur herausbildet. Aktivist:innen, Wissenschaftler:innen, NGOs und politische Organisationen haben bereits wertvolle Erfahrungen in breiten Kampagnen gesammelt. Internationale Kampagnen und Bewegungen richten sich gegen die Macht der großen Ölkonzerne.“

Die Herausforderung besteht also darin, herauszufinden, wie sich einerseits die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung des Energiesektors mit lokalen und regionalen Auseinandersetzungen über die Kontrolle und Organisation der örtlichen Energieanbieter verbindet. Zugleich muss das gesellschaftliche Kräfteverhältnis so stark verändert werden, dass es möglich wird, die gesamte Wertschöpfungskette von der Energieerzeugung, über deren Speicherung und Transport bis zur Versorgung der Haushalte, Unternehmen und Betriebe unter demokratische Kontrolle durch die Gesellschaft zu bringen. Weil diese Industrie derart transnational organisiert ist, stellt sich allerdings auch die Frage, ob und wie sich perspektivisch gesellschaftliche Eigentumsformen entwickeln lassen, die über die Grenzen des Nationalstaats hinausweisen. Das liefe auf eine transnationale Vergesellschaftung und europäische Formen öffentlichen Eigentums hinaus.

13 Neue Bewegung der Arbeitenden und ökosozialistische Organisation

Die unmittelbar dringlichste Aufgabe ist es eine breite soziale Bewegung für umfassende sozialökologische Reformen aufzubauen. Sie muss sich alle wesentlichen Anliegen der Lohnabhängigen an ihrem Arbeitsplatz, am Wohnort und im Alltagsleben zu eigen machen, allerdings in einer Weise, die auf einen ökologisch verträglichen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur zielt.

Denn nur eine Bewegung, welche die Mehrheit der Lohnabhängigen einschließt, wird in der Lage sein, ein gesellschaftliches und politisches Kräfteverhältnis aufzubauen, das es erlaubt, ein Programm radikaler sozial-ökologischer Strukturreformen in Angriff zu nehmen und durchzusetzen sowie die fossilen Konzerne gesellschaftlich anzueignen und deren Macht zu zerschlagen. Zugleich müssen wir die zentrale Rolle des Finanzsektors und der Pensionsfonds erkennen. Die kapitalgedeckten Rentensysteme sind ein zentraler Pfeiler des fossilen Kapitals. Die Defossilierung geht zwingend mit dem Umbau zu öffentlichen umlagefinanzierten Altersvorsorgesystemen einher.

Eine Orientierung auf Beschäftigte in zentralen Industrien ist sinnvoll, wird kurzfristig aber kaum relevante Ergebnisse zeitigen. Die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsbürokratien werden sich kurzfristig kaum zu entschlossenen Kämpfer:innen für radikale sozialökologische Strukturreformen mausern.

Es bleibt auszuprobieren, wie Massenbewegung für eine umfassende solidarische gesellschaftliche Infrastruktur aufgebaut werden können. Möglicherweise sind die Beschäftigten im Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Infrastruktur eher für radikale sozialökologische Reformen zu gewinnen als die Beschäftigten in zentralen exportorientierten Industrien, die weiterhin weitgehend dem von den Gewerkschaftsführungen vertretenen Dogma der Standorticherung und Wettbewerbsfähigkeit folgen.

„Der Kampf für die Defossilisierung der Gesellschaft ist mit der Konstituierung einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen zu verbinden. Dieser Prozess der Neuzusammensetzung und Neuformierung einer Bewegung als organisierte Gemeinschaft der arbeitenden Klassen kann nur gelingen, wenn sich gewerkschaftliche Neuansätze, eigenständige betriebliche Organisationsformen und Impulse aus den Frauenbewegungen, den Umweltbewegungen und den Bewegungen gegen Rassismus verbinden und gegenseitig befruchten. Das setzt voraus, dass die Gewerkschaften sich ebenfalls als soziale Bewegungen verstehen und den Lohnabhängigen in sämtlichen Belangen – von den Arbeitsbedingungen über die Sozialversicherungen, die Gesundheit bis hin zu den Wohnbedingungen und der Qualität der Betreuungseinrichtung für die Kinder – beistehen.

Um eine derartige Orientierung voranzutreiben, braucht es die Formierung einer ökosozialistischen Bewegung. Hierzu sind pluralistische und revolutionäre ökosozialistische Organisationen nötig, um kollektiv bisherige Erfahrungen zu verarbeiten, von Bewegungen auf der ganzen Welt zu lernen, wissenschaftliche Erkenntnisse bei der Ausarbeitung von politischen und gesellschaftlichen Alternativen zu verarbeiten und in den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen taktisch und strategisch angemessen einzugreifen. Die Erderhitzung und der Anthropozän-Kapitalismus stellen nichts weniger als einen langanhaltenden revolutionären Prozess, einen antikapitalistischen Bruch und einen ökosozialistischen Aufbruch auf die Tagesordnung.“¹⁷

Literaturhinweise

¹ Zeller, Christian (2023): [Fossile Gegenoffensive – Grüner Kapitalismus ist nicht in Sicht](#). *emanzipation* 7 (2), S. 121–252:

² Für eine ausführlichere Analyse der globalen Krisen und geopolitischen Spannung ist hier kein Platz. Zur Diskussion über die Herausforderung der internationalen Situation eignet sich:

Vierte Internationale (2024): [Von unten gegen die multiplen Krisen. Entschließungsentwurf](#). *Die Internationale* 4/2024, S. 3–14.

³ Zeller, Christian (2024): [Dunkle Energie. Europas fossile Finanzierung von Putins Kriegsfinanzierung durch fossile Verflechtungen](#). 25. Juli 2024 *emanzipation*

⁴ [Ukraine: A People's Peace, not an Imperial Peace](#), June 6, 2024

⁵ Hier übernehme ich Überlegungen aus: Zeller, Christian (2024): [Frieden in der Ukraine und ökosozialistische Perspektiven in Europa](#). *emanzipation* 25. Juli 2024

⁶ Ich übernehme hier eine Passage aus: Zeller, Christian (2023): [Ökosozialistische Strategie statt Green New Deal](#) In: J. B. Foster; M. Löwy; J. Spear; D. Tanuro und C. Zeller (Hrsg.): *Ökosozialismus. Positionen des klassischen Marxismus, Debatten heute*. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag. S. 121–123.

⁷ Zeller, Christian (2020): [Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen](#). München: Oekom Verlag.

⁸ William J Ripple, Christopher Wolf, Jillian W Gregg, Johan Rockström, Michael E Mann, Naomi Oreskes, Timothy M Lenton, Stefan Rahmstorf, Thomas M Newsome, Chi Xu, Jens-Christian Svenning, Cássio Cardoso Pereira, Beverly E Law, Thomas W Crowther, The 2024 state of the climate report: Perilous times on planet Earth, *BioScience*, 2024; biae087, <https://doi.org/10.1093/biosci/biae087>

⁹ Ebermann, Thomas und Trampert, Rainer (1984): [Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei](#). Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 288 S.

¹⁰ Vierte Internationale (2019): [Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative](#)“, Resolution des 17. Weltkongresses der Vierten Internationale. Köln: Internationale Sozialistische Organisation (ISO), Sozialistische Alternative (SOAL), 40 S.

¹¹ Anticapitalist Resistance (2024): [Ecosocialist Revolution: a Manifesto](#), 22 June, Anticapitalist Resistance: England & Wales, 50 S.

¹² Vierte Internationale (2024): [Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen, für eine ökosozialistische Alternative](#). Manifest des revolutionären Marxismus im Zeitalter kapitalistischer Zerstörung von Umwelt und Gesellschaft; Entwurf für den 18. Weltkongress der Vierten Internationale, Vierte Internationale, 52 S.

¹³ Zeller, Christian (2023): [Ökosozialistische Strategie statt Green New Deal](#) In: J. B. Foster; M. Löwy; J. Spear; D. Tanuro und C. Zeller (Hrsg.): *Ökosozialismus. Positionen des klassischen Marxismus, Debatten heute*. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag. S. 124–125.

¹⁴ Zeller, Christian (2020): [Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen](#). München: Oekom Verlag, S. 12, 66, 73, 223.

¹⁵ Ausführlicher erkläre ich das in: Zeller, Christian (2020): [Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen](#). München: Oekom Verlag, S. 193–202.

¹⁶ Diese Passage habe ich entnommen aus: Zeller, Christian (2024): [Eine kontinentale Gegenmacht gegen das fossile Kapital aufbauen](#). *emanzipation* 8 (2), S. 1–32, 9. Oktober 2024

¹⁷ Zeller, Christian (2023): [Ökosozialistische Strategie statt Green New Deal](#) In: J. B. Foster; M. Löwy; J. Spear; D. Tanuro und C. Zeller (Hrsg.): *Ökosozialismus. Positionen des klassischen Marxismus, Debatten heute*. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag. S. 137–138.